



Presseinformation

Berlin, 24. Oktober 2022

Energiepreise: Ein Viertel aller Unternehmen plant Arbeitsplatzabbau Familienunternehmen: Abgang industrieller Wertschöpfung beschleunigt sich – Betriebe fordern längere Laufzeiten von Atomkraftwerken

Immer mehr Unternehmen reagieren auf die gestiegenen Energiepreise mit Arbeitsplatzabbau und Aufgabe energieintensiver Geschäftsfelder. Dies geht aus einer repräsentativen Umfrage unter 1060 Unternehmen hervor, die Mehrzahl davon Familienunternehmen. Die Befragung wurde im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen durch das ifo-Institut vorgenommen. 25 Prozent der Unternehmen gaben an, sie planten einen Arbeitsplatzabbau in Deutschland. Dieselben Fragen wurde bereits im April 2022 gestellt, damals waren die Unternehmen noch zuversichtlicher: Vor einem halben Jahr sagten nur 14 Prozent der Unternehmen, sie bereiteten einen Stellenabbau vor. Anlass zu Sorge gibt außerdem das Investitionsverhalten: 57 Prozent der Unternehmen stellen sich darauf ein, geplante Investitionen zu verschieben. Auch das sind mehr Betriebe als im Frühjahr.

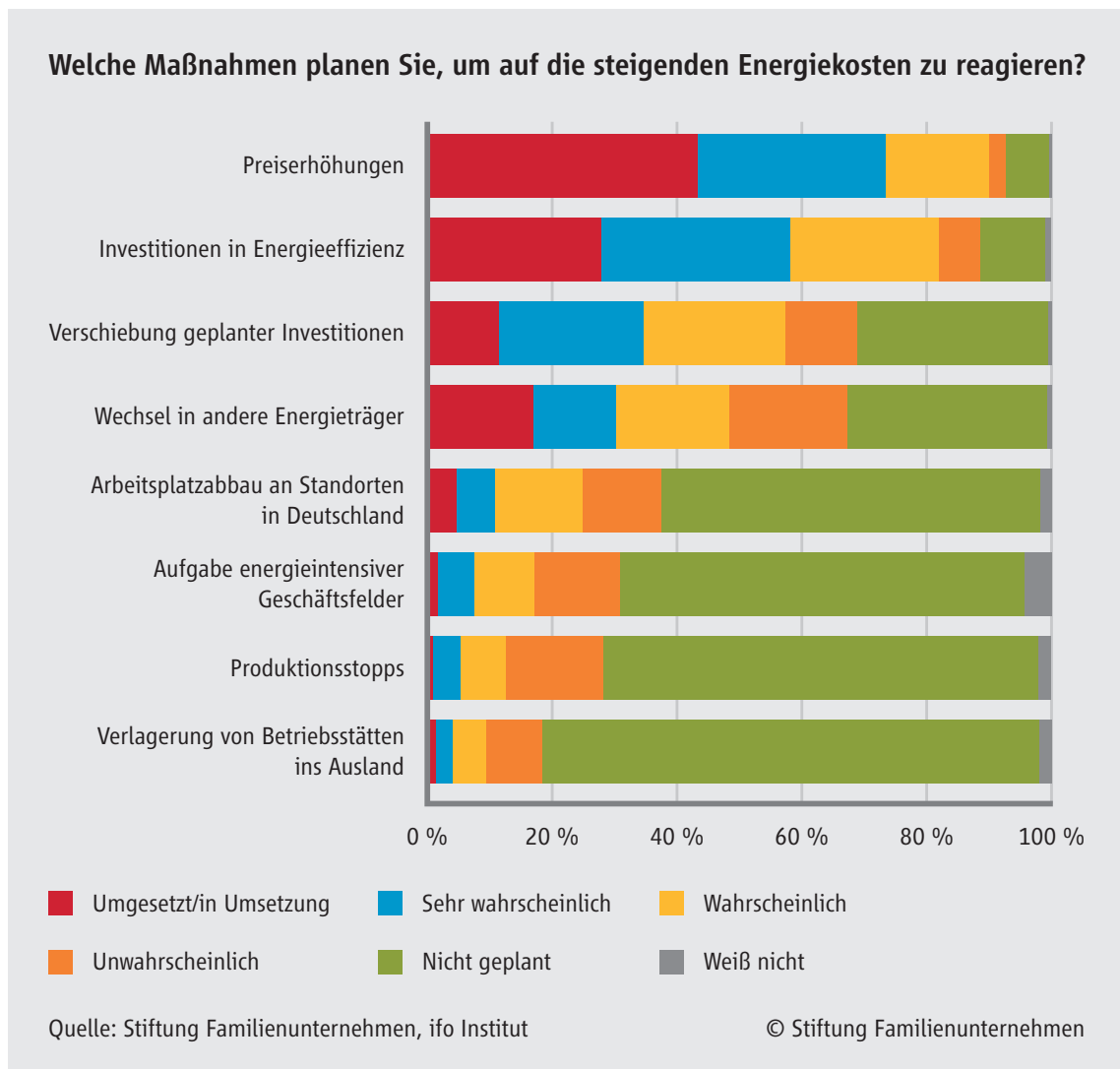
Professor Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik, hält die Ergebnisse für ein Alarmsignal. Kirchdörfer: „Wir sehen seit einiger Zeit eine schleichende Verlagerung industrieller Wertschöpfung. Dies werden wir als Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust erst in Jahren spüren – dann aber unumkehrbar. Diese fatale Entwicklung am Standort Deutschland beschleunigt sich. Die Unternehmen fahren die Fertigung in Deutschland zurück oder verlagern ihre Produktion dorthin, wo Energiekosten, Steuern und Bürokratielasten niedriger sind. Die Politik versucht die steigenden Energiekosten zu dämpfen, was richtig ist. Wir benötigen Maßnahmen, die den Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen. Dazu gehört, dass wir die CO₂-freie Kernenergie als Übergangslösung für längere Zeit nutzen.“

Viele Unternehmen sind dabei, ihre Produktion in Deutschland zu verringern. In der aktuellen Umfrage sagten 17 Prozent der Unternehmen, sie würden energieintensive Geschäftsfelder ganz aufgeben. Vor einem halben Jahr trugen sich erst elf Prozent der Unternehmen mit diesem Gedanken. Doppelt so viele Unternehmen (13 Prozent) wie im Frühjahr denken über Produktionsstopps nach. Die Zahl der Unternehmen, die Betriebsstätten ins Ausland verlagern, sind zwar in der Minderheit. Doch deren Zahl nimmt zu: Neun Prozent der Unternehmen planen dies. Vor einem halben Jahr waren es sechs Prozent.

Aus Sicht der Familienunternehmen müsse die Ausweitung des Energieangebots oberste Priorität haben. Befragt nach den Forderungen an die Politik, nennen die Unternehmen an erster Stelle die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken. „Eine Verlängerung nur um wenige Monate reicht nicht aus. Wir benötigen die Kernkraft für längere Zeit als Brückentechnologie“, sagte Kirchdörfer. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien müsse beschleunigt werden und Kohlekraftwerke im Einsatz

bleiben. Aus Sicht der Unternehmen sei außerdem die Senkung der Energiesteuern und die staatliche Deckelung der Gas- und Strompreise am besten geeignet, um die Energiepreise zu begrenzen.

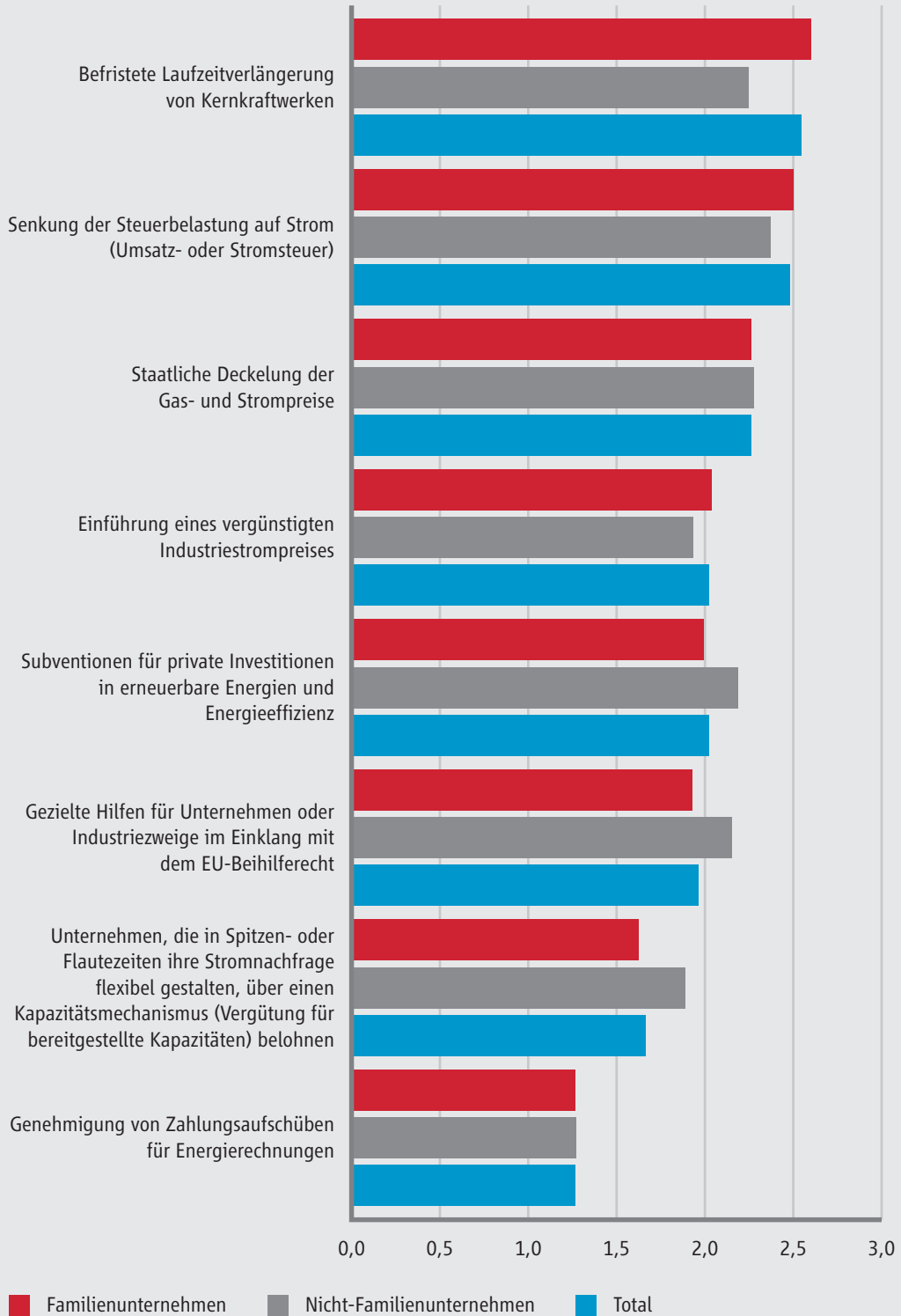
Wie stark die Energiekosten inzwischen bei den Unternehmen durchschlagen, zeigt sich daran, dass im Jahr 2022 durchschnittlich 8,2 Prozent des Gesamtumsatzes auf Energiekosten entfallen. Im Jahr 2021 waren es nur 5,1 Prozent. Um die Belastungen wenigstens teilweise aufzufangen, geben 90 Prozent der befragten Unternehmen an, die Preise zu erhöhen. Unzufrieden sind die Unternehmen mit dem Krisenmanagement der Politik. Sie geben dafür im Schnitt die Note „vier minus“.





Wie priorisieren Sie folgende Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten?

Bitte priorisieren Sie jede nachfolgende Maßnahme mit einen Wert von 0 bis 3 (0 = keine, 1 = geringe, 2 = mittlere, 3 = hohe Priorität) je höher der Mittelwert, desto höher die Priorität.



Quelle: Stiftung Familienunternehmen, ifo Institut

© Stiftung Familienunternehmen



Die **Stiftung Familienunternehmen** und Politik ist die fachliche Autorität in allen Belangen der Familienunternehmen und der zentrale Ansprechpartner für Politik und Medien.

» **Download der Abbildungen**

Weitere Informationen:

Roland Pichler
Leiter Haus des Familienunternehmens
Stiftung Familienunternehmen und Politik
Pariser Platz 6a
D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 226 052 915
Fax: +49 (0) 30 226 052 929
pichler@familienunternehmen-politik.de
www.familienunternehmen-politik.de